

HEUTE  
11.7.2017

Der Blattmacher empfiehlt



Raffael Schuppisser

Was wäre der Mensch ohne seine kleinen Helfer im Alltag? Wo ein Problem ansteht, ist bestimmt auch eine App, mit der es gelöst werden kann. Das gilt auch für die Ferien. Eine Offline-Karte sorgt dafür, dass wir uns in fremden Städten orientieren können, ohne unsere Telefonrechnung mit teurem Roaming zu belasten. Und dank einem elektronischen Dolmetscher verstehen wir auch die uns bis anhin unbekannte Landessprache. **Michael Benzing** stellt Ihnen auf der Seite Leben & Wissen die besten Apps für die schönsten Tage des Jahres vor.

## Frage des Tages

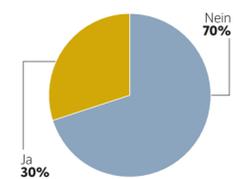
Soll Alkohol auf Raststätten neu verkauft werden dürfen?

**Ja** **Nein**

Stimmen Sie online ab unter [www.aargauerzeitung.ch](http://www.aargauerzeitung.ch) [www.bzbasel.ch](http://www.bzbasel.ch) [www.baselandschaftliche.ch](http://www.baselandschaftliche.ch) [www.solothurnerzeitung.ch](http://www.solothurnerzeitung.ch) [www.grenchnerzeitung.ch](http://www.grenchnerzeitung.ch) [www.osternagblatt.ch](http://www.osternagblatt.ch) [www.limmattalerzeitung.ch](http://www.limmattalerzeitung.ch) [www.osternagblatt.ch](http://www.osternagblatt.ch)  
 «Die Umfrage finden Sie online über die Such-Funktion mit dem Stichwort «Tagesfrage»  
**Das Ergebnis erscheint in der nächsten Ausgabe.**

## Ergebnis letzte Tagesfrage

Wir haben gefragt: Kaufen Sie regelmässig am Bahnhof ein?



## Video des Tages

[www.aargauerzeitung.ch/media/thek/videos](http://www.aargauerzeitung.ch/media/thek/videos)


Diese Hamster sind Werbestars – ihr einziger Job: fressen.

## REZEPT DES TAGES

Präsentiert von Annemarie Wildeisen

## Mariniertes Sommergemüse mit Käse-Olivenöl-Kruste

## Zutaten für 4 Personen

4 Rüebli mittel  
 2 Zucchetti  
 je 1 Peperoni rot und gelb  
 4 Tomaten mittelgross und fest  
 2 Zwiebeln klein und rot  
 2 Knoblauchzehen  
 Salz, schwarzer Pfeffer aus der Mühle  
 7 Zweige Thymian  
 ½ Bund Petersilie glattblättrig  
 1 dl Olivenöl  
**Kruste**  
 5 Zweige Thymian  
 75 g Mehl  
 75 g Parmesan  
 Salz  
 schwarzer Pfeffer  
 0,75 dl Olivenöl

Bestellen Sie jetzt via SMS ein Schnupperabo mit 3 Ausgaben für nur 12 Franken. SMS mit SCHNUPPER + Name und Adresse an 919 (20 Rp./SMS) oder Online-Bestellung unter [www.wildeisen.ch/schnupperabo](http://www.wildeisen.ch/schnupperabo) [www.wildeisen.ch/suche/rezepte](http://www.wildeisen.ch/suche/rezepte)

## Linksextreme Wie weiter nach dem G20-Gipfel in Hamburg?

# Das grosse Aufräumen

Im Trümmerhaufen der Ausschreitungen suchen Rechte nach Vergeltung, Linke nach Ausreden und ein Experte nach einer Strategie.

VON DANIEL FUCHS UND DENNIS BÜHLER

Sie kamen mit Eimern und Besen und räumten auf. Die Hamburger wollen zumindest in den Gassen nicht mehr ständig an die Strassenschlachten der vergangenen Tage erinnert werden. Doch mit der Putzaktion der Bürger allein ist das Thema «G20 Hamburg 2017» noch lange nicht abgehakt. Aufräumen wollen nun auch die Politiker. Und zwar bei den Krawallmachern. Schnell standen Forderungen nach einer europäischen Datenbank zu Gewaltextremisten im Raum (siehe Text unten rechts). Damit soll verhindert werden, dass einschlägig bekannte Krawallbrüder überhaupt in andere Länder einreisen können. Auch kam noch während des Gipfels die Frage auf, ob solche Treffen hochrangiger Politiker überhaupt in Grossstädten stattfinden sollen.

## Schweizer Krawalltouristen

Unter den mehr als 400 Personen, die die Hamburger Polizei in den vergangenen Tagen vorübergehend aus dem Verkehr gezogen hat, sind 9 Schweizer. Weiterhin in U-Haft befindet sich neben 50 überwiegend aus Deutschland stammenden Personen ein Schweizer, der gemäss Angaben der Behörden unter 30 ist und dem Widerstand gegen die Staatsgewalt und versuchte gefährliche Körperverletzung vorgeworfen wird. Ihm droht eine Gefängnisstrafe von bis zu zehn Jahren.

Die Gewalteskalation ruft auch hiesige Politiker auf den Plan, zumal die äussere Schweizer Linke eine zentrale Rolle spielte. Der Revolutionäre Aufbau Schweiz beispielsweise hatte schon vor Monaten angekündigt, er wolle «das Treffen der G20 angreifen». Und vom Dach des Berner Kulturzentrums Reitschule prangte tagelang der Aufruf «Smash G20». «Ein Rechtsstaat darf solch unverhohlene Gewaltaufreife nicht tolerieren», sagt CVP-Präsident Gerhard Pfister. Linksextremismus müsse endlich genauso vehement bekämpft werden wie Rechtsextremismus. Ins gleiche Horn stösst der Berner FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen: «Wenn Rechte in der Schweiz ein Konzert veranstalten, herrscht grösste Aufregung. Auf dem linken Auge hingegen ist man hierzulande nicht nur blind, man finanziert solch linken Extremismus gar staatlich: In der von der Stadt subventionierten Berner Reitschule ist diese gewaltbereite Brut regelrecht herangezogen worden.» Wenn die Reitschule weiterhin zu Gewalt aufrufe, entziehe sie sich selbst die Existenzberechtigung, sagen die beiden bürgerlichen Politiker unisono.

Einer, der sich ausgiebig mit dem Gewaltpotenzial linker Chaoten auseinandergesetzt hat, ist Peter Arbenz. Der ehemalige Winterthurer FDP-Stadtrat und spätere Top-Funktionär der Bundesverwaltung dürfte vielen noch in Erinnerung sein als Troubleshooter, dem es gelang, das Weltwirtschaftsforum in Davos (WEF) zu befrieden. Als im Jahr 2001 die Ausschreitungen eines traurigen Höhepunkt erreichten, wurde Arbenz von der Bündner Regierung eingesetzt, den Verbleib des WEF in Davos zu retten. Weil die Sicherheitskosten des Anlasses nach den Terroranschlägen von 9/11 und wegen der drohenden weiteren Eskalation der Proteste ins Unermessliche stiegen, verlegte

WEF-Gründer Klaus Schwab das Forum für die Ausgabe 2002 nach New York. Arbenz sprach mit den Anti-WEF-Aktivistinnen, hand sie mit dem «Spirit of Davos» ins Programm ein, gab ihnen eine Plattform für ihren friedlichen Protest. Das WEF kehrte nach Davos zurück, rund um das WEF befriedete sich das Ganze. Und so galt Arbenz fortan als Brückenbauer; und die Organisatoren des G8-Gipfels in Evian riefen ihn 2003 an den Genfersee, wo er eine Eskalation verhindern sollte.

Von den Forderungen der Politiker um verschärfte Gesetze oder neue Datenbanken hält Arbenz, der diesen Sommer 80 wird, nichts. «Immer wenn so etwas passiert, rufen die Leute nach Verschärfungen. Dabei reicht das neue Nachrichtendienstgesetz aus, es muss nur umgesetzt werden.» Auch eine neue Datenbank brächte nur neuen bürokratischen Aufwand. Es reiche, wenn die vorhandenen Datenbanken unter den Mitgliedstaaten des Schengen-Raums ausgetauscht würden. Mehr, so Arbenz, könne man nicht tun. Arbenz warnt vor der Illusion, zu glauben, Gewaltexzesse wie derjenige von Hamburg liessen sich verhindern. «Den schwarzen Block bringen wir nie unter Kontrolle, das sind kranke Typen. Seine Vertreter herauschen sich an der Gewalt und sie beherrschen den Häuserkampf wie eine Guerilla-Truppe. Mich wundert nur, dass es keine Toten gegeben hat.»

## Einbindung als Verrat

Einzig auf lange Sicht sieht Arbenz eine Chance, das Gewaltpotenzial einzudämmen. «So, wie wir das beim WEF gemacht haben. Wir traten mit den Kritikern früh genug in den Dialog und boten ihnen Gegenveranstaltungen an.» Was für ein Gegensatz, wenn man sich vor Augen führt, welcher Raum den Globalisierungsgegnern in Hamburg gewährt wurde: Ihr Protestcamp mussten sie weit entfernt vom Gipfel-Treffen aufschlagen, das eigene Einsatzquartier richteten sie im Stadion von St. Pauli ein.

Friedliche Demonstranten lassen sich bei Polit-Gipfeln möglicherweise gerne einbinden, die vor keiner Gewalttat zu rückschreckenden Anarchisten jedoch kaum. Schliesslich lehnen sie das System kompromisslos ab. Weil ihnen jegliche Einbindung zuwider ist, hegen sie ausgegrenzt gegen ihnen ideologisch eigentlich nahestehende linke Politiker besonders starken Groll. «In ihren Augen verraten wir die Revolution, weil wir uns ins herrschende System einordnen», sagt ein national bekannter SP-Politiker, der sich nicht namentlich zitieren lassen möchte. Mehrmals sei er von antifaschistischen Gruppierungen offen angefeindet oder gar mit Bier übergossen worden. Eine Beobachtung, die auch Christian Wasserfallen gemacht hat. «Um linke Politiker, die sich kritisch über die Reitschule äussern, mundtot zu machen, wird enormer Druck aufgebaut», sagt der Freisinnige. Im Innern dieser Szene gelte die Demonstrationen offensiv eingeforderte Meinungsäusserungsfreiheit nicht.

Vielleicht fällt es Linken auch deshalb oft schwer, sich mit klaren Worten von gewaltbereiten Chaoten abzugrenzen. Kaspar Surber beispielsweise, stellvertretender Chefredaktor der «Wochezeitung» («WOZ»), schrieb als Bilanz der Krawallnacht online: «Werden grundrechtliche



Sie sind vor allem froh, ist der G20-Gipfel vorbei: Hamburgerinnen und Hamburger räumen das Schlamassel auf.

FABIAN BIMMER/REUTERS

Freiheiten derart massiv ausgehebelt,

muss man sich nicht wundern, wenn die Stimmung in Anarchie kippt.» Die «WOZ» legitimiere damit weder Sachbeschädigungen noch Gewalt gegen Polizisten, stellt Surber auf Anfrage klar. Die Plünderungen hätten die Plünderer zu verantworten. Allerdings: Mit dem massiven Sicherheitsapparat um 20 000 Polizisten sei ein rechtsfreier Rahmen und eine aggressive Stimmung geschaffen worden, der jene begünstige, die auf Randale aus sind. «Zudem ging die Gewalt häufig von der Polizei aus, etwa bei der Demonstration am Donnerstag.»

Auch Juso-Präsidentin Tamara Funicello, die im Gegensatz zu Surber nicht selbst in Hamburg weilte, sieht einen grossen Teil der Schuld bei den Ordnungshütern: Die Polizei sei vor allem am Donnerstag mit unglaublicher Härte gegen friedliche Demonstranten vorgegangen und habe so die Eskalationsspirale der Gewalt erst entfacht, kritisiert die 27-Jährige. «Mit dieser Konfrontation hat sie den Rhythmus der folgenden Tage vorgegeben.» Zu den Verwüstungen sagt sie: «Wer einen Apple-Shop plündert, kann politisch nicht links ticken. Und wer einen Renault Twingo anzündet, vermittelt damit keine politische Botschaft.» Sie heisse beide Taten nicht gut, auch wenn sie es gelinde gesagt erstaunlich finde, wie sich die «Bourgeoisie nun für die armen Arbeiter einsetzt, deren Autos in Flammen aufgingen». So mitfühlende, klassenkämpferische Töne höre sie aus dieser Ecke sonst nie.

## Krawalle schaden Linken am meisten

Nach den Krawallen in Hamburg fordern deutsche Politiker Konsequenzen. Schaden nehmen dürfte eher die SPD denn Kanzlerin Merkel.

VON CHRISTOPH REICHMUTH, BERLIN

Zwei Tage nach dem G20-Gipfel in Hamburg ist Deutschland dabei, die Ereignisse politisch zu verarbeiten. Wer trägt Verantwortung für die Eskalation? Hat auch die Polizei die Eskalation provoziert? Wie war es möglich, dass mehr als 20 000 Einsatzkräfte einiger tausend Gewalttäter nicht Herr wurden? Und: Wie muss die Politik auf die «Schande von Hamburg», wie eine Zeitung titelte, reagieren?

Die Bilanz ist ernüchternd: Fast 500 Beamte wurden durch herumfliegende Steine, Flaschen, Böller und Metallkugeln verletzt. Die Zahl verletzter Demonstranten ist nach wie vor unklar, ebenso der finanzielle Schaden für die Inhaber von geplünderten Geschäften und die Besitzer der über 100 in Brand gesteckten Fahrzeuge. Die Boulevardzeitung «Bild» richtete gestern auf ihrem Online-Portal einen virtuellen Pranger ein.

Sie veröffentlichte vergrösserte Fotos von mutmasslichen Gewalttätern und schrieb dazu: «Gesucht! Wer kennt diese G20-Verbrecher?»

## Union und SPD verantwortlich

Die Hamburger beschenkten derweil Beamte, die in den umliegenden Krankenhäusern behandelt wurden. Es ist deutlich: Viele Deutsche haben sich angesichts der martialischen Bilder auf die Seite der zumeist jungen Beamten geschlagen. Die Kritik richtet sich gegen die Politiker, ein bisschen gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel, vor allem aber gegen Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD). Dass der Gipfel in der links-alternativ dominierten Millionenstadt Hamburg stattfand, halten viele für einen Fehler. Scholz sieht sich gar Rücktrittsforderungen der CDU ausgesetzt. Doch Merksels Kanzleramtchef Peter Altmaier (CDU) verteidigt den Sozialdemokraten – weil eben nicht nur Scholz das G20-Treffen nach Hamburg holte, sondern auch die Kanzlerin.

Wenige Wochen vor der Bundestagswahl hielten sich gegenseitige Schuldzuweisungen von Union und SPD denn auch in Grenzen. Gestern forderten die Parteien die Einführung einer europäischen Extremistendatei. «Wir haben im

Extremistenbereich keine ausreichende Datengrundlage, auf die alle europäischen Staaten zugreifen können», sagte Justizminister Heiko Maas (SPD). Ein Grossteil der militanten Gipfel-Gegner stammte laut Maas aus dem europäischen Ausland. Eine Datei würde es den Behörden ermöglichen, «bei solchen Ereignissen einen besseren Überblick zu bekommen und Leute an den Grenzen abzuweisen», sagte Maas. Unions-Politiker forderten zudem, die wegen des Gipfels vorübergehend eingeführten Kontrollen an den Grenzen fortzusetzen. Und FDP-Chef Christian Lindner verlangte, der Staat müsse mehr in die Bekämpfung des Linksextremismus investieren. «Der Linksextremismus wurde zu lange verharmlöst.»

Wenn die Krawalle einer politischen Kraft schaden, dann der SPD, glaubt der Politikwissenschaftler Gero Neugebauer. Die Debatte über die militante Linke schade im Wahlkampf tendenziell linken Parteien wie der SPD und vor allem der Linkspartei. Dieser wird immer wieder zu wenig Distanz zu radikalen Linken nachgesagt. Die Krawalle von Hamburg dürften die ohnehin schon vorhandene Skepsis vieler Deutscher vor einer Koalition mit der Linkspartei auf Bundesebene noch verstärken.

## Handkreisel lässt Anwälte rotieren

Markenstreit Der Fidget Spinner sorgt für einen Kampf um die Namensrechte – ein prominenter Anwalt blamiert sich

VON ANDREAS MAURER

Der Fidget Spinner wirbelt den Onlinehandel durcheinander. Beim Schweizer Internet-Warenhaus Galaxus schossen die Verkaufszahlen des Handkreisels in nur vier Wochen von null auf tausend. 1100 Stück wurden Mitte Mai in einer einzigen Woche abgesetzt. Danach gingen die Zahlen fast so schnell wieder zurück, wie sie angestiegen waren. Der Onlinehandel brach zusammen, weil die Spielzeuge inzwischen sogar an der Tankstelle, beim Coiffeur und am Bahnhof erhältlich sind. Heute verkauft Galaxus noch ein paar Dutzend Stück pro Woche. Insgesamt hat der Onlinehändler, der als einziger auf Anfrage seine Zahlen offenlegt, bisher fast 5000 Exemplare verkauft.

Im hohen Bereich drehte für kurze Zeit auch ein Rechtsstreit um den trendigen Kreisel. Eine zuvor kaum bekannte Onlinehändlerin hat versucht, die Konkurrenz mit einem juristischen Trick aus dem Markt zu drängen. Die Firma Esons aus Wetzikon ZH reichte beim Institut für Geistiges Eigentum ein Gesuch ein, um den Namen «Fidget Spinner» zu schützen. Über ein Anwaltsbüro verschickte sie einen Massenbrief, in dem sie behauptet, die Markenrechte zu besitzen. Sie verschwie, dass das Gesuch bis heute hängig und damit nicht rechtskräftig ist. Das Anwaltsbüro löste selbst bei grossen Onlinehändlern Verunsicherung aus. Galaxus und Brack änderten den Namen vorübergehend in «Hand Spinner».

Einschüchtern liessen sich die Händler durch den in der Juristenszene renommierten Namen des Absenders. Beim Anwalt handelt es sich um David Zollinger, ehemaliger Staatsanwaltschaft-Chef der Zürcher Staatsanwaltschaft. Ihm ist die Angelegenheit mittlerweile peinlich. Er möchte sich nicht mehr äussern und am liebsten nicht einmal mehr namentlich genannt werden.

## Anwalt bewegt sich rückwärts

Spätestens als der Verband des Schweizerischen Versandhandels interveniert hat, merkten die Zürcher Firma und ihr Anwalt, dass sie zu weit gegangen waren. Der Verband verfasste einen offenen Brief, in dem er feststellte, dass die Abmahnwelle missbräuchlich sei. Eine ähnliche Beschwerdeflut habe es in der Schweiz noch nie gegeben. Anwalt Zollinger distanzierte sich darauf in einem zerknirschten Brief von seinen Forderungen. Er kennt sich mit Geldwäscheri offenbar besser aus als mit Markenrechten. Der Name «Fidget

Spinner» lässt sich markenrechtlich nicht schützen, weil er einen Sachverhalt beschreibt, auf deutsch «Zappel-Kreisel». Geschützt werden können nur Herkunftsbezeichnungen.

## Erinnerungen an Memory

Einen ähnlichen Streit hat Ravensburger mit dem Memory ausgelöst. Die deutsche Spieleherstellerin setzte wie die Zürcher Fidget-Spinner-Verkäuferin ein Anwaltsbüro darauf an, Vertreibern von Spielen mit dem Namen «Memory» Drohbriefe zu schicken. Viele Anbieter wechselten deshalb den Produktnamen in «Memo-Spiel».

Der Basler Zoo nahm vor ein paar Jahren sein «Memory» sogar aus dem Shop, weil er einen Konflikt mit dem deutschen Anwaltsbüro scheute. Dabei hätte er einen Rechtsstreit wahrscheinlich gewonnen. Der Europäische Gerichtshof hält in einem Urteil fest, das Wort «Memory» sei rein beschreibend und daher nicht markenfähig. Dennoch wird die Marke noch immer im internationalen Register geführt. Der Eintrag hat allerdings schon etwas Staub angezogen. Er stammt aus dem Jahr 1972.

In der Schweiz fällte das Bundesgericht schon 1988 sein Leiturteil. Der Name «Eile mit Weile» erhielt keinen Schutz, weil er Gemeingut sei. Aktuell sind die EU-Richter mit dem Rubik's Cube beschäftigt. Unbestritten ist derzeit, dass der englische Name des Zauberwürfels, der 1974 vom ungarischen Ingenieur Ernő Rubik erfunden wurde, geschützt ist. Schliesslich handelt es sich um eine Herkunftsbezeichnung. 2016 befasste sich der Europäische Gerichtshof mit der Frage, ob auch das Aussehen des dreidimensionalen Puzzles zu Recht als Marke eingetragen werden war. Nein, befand das oberste Gericht. Die Form sei in diesem Fall eine technische Funktion, die nicht als Marke geschützt werden könne. Das freut die Konkurrenz. Beim Rubik's Cube geht es um mehr Geld als beim Fidget Spinner. Er wurde schon über 350 Millionen Mal verkauft.

Auf das grosse Geschäft hoffen in der Schweiz mehrere Startups, die nur wegen des Zappel-Kreisels einen Online-Shop eröffneten. Einer davon wechselte soeben den Inhaber. Der Neue möchte anonym bleiben, weil er offiziell arbeitslos ist. Gewinnbringende Arbeit brachte ihm auch sein Online-Shop nicht ein. Er stieg ein, als die Verkaufsspirale schon nach unten drehte. Ein langfristiges Geschäft glaubt der junge Mann nicht: «Das war das grosse Geldwäscheri offenbar besser aus als mit Markenrechten. Der Name «Fidget



Um den Fidget Spinner drehte ein Rechtsstreit im hohen Bereich.

TH